

Wochendienst

Nr. 36

vom 23. September 2011

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburg setzt Zeichen bei der Integration 3

Gesundheit und Verbraucherschutz

Verbotene Downloads können teuer werden 4

Alkohol bleibt Suchtmittel Nummer Eins 5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburg hat jetzt sieben „Kulturschulen“ 8

Bildungsstaatsrat Dr. Michael Voges eröffnet Kulturschulen 10

„Zu Fuß zur Schule“-Tag 14

Stadtentwicklung und Umwelt

Umwelthauptstadt mit neuem Partner 16

Zwei Tage Umweltrecht auf höchstem Niveau 17

Müll trennen lohnt sich! 18

Senat und Wohnungswirtschaft unterzeichnen Vereinbarung für mehr Wohnungsbau 19

„Mein Baum - meine Stadt. Ich mach' mit“ 22

Nächster Halt Hamburg: Zug der Ideen in Antwerpen 24

3. Hamburger Klimawoche vom 23. bis 30. September 25

Wissenschaft und Forschung

Berufsakademie Hamburg erhält unbefristete staatliche Anerkennung 28

Nachhaltigkeit ist Thema einer internationaler IT-Konferenz in Hamburg 30

Wirtschaft, Verkehr und Hafen

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße 32

Justiz

Senatorin Jana Schiedek: „Vorschläge der Bundesjustizministerin zur Sicherungsverwahrung sind noch lückenhaft“ 33

Bund

886. Sitzung des Bundesrates 34

Zur Information

Terminkalender 39

22. September 2011/basfi22

Hamburg setzt Zeichen bei der Integration

Experten setzen sich für mehr Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund ein

„Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund könnten noch besser in das Erwerbsleben integriert werden, wenn ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden“, fordert Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Dabei könne der Europäische Sozialfonds ESF als wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument in Hamburg einen wesentlichen Beitrag leisten. Wie das geht, war Thema beim „ESF im Dialog“, einer gemeinsamen Veranstaltung vom ESF und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration am 22. September im Hamburger Kulturzentrum Fabrik.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, dürften keine Arbeitskräfte und Talente ungenutzt bleiben, appellierte die für den ESF in Brüssel zuständige Referatsleiterin der Europäischen Kommission, Manuela Geleng an die mehr als 200 Zuhörer in der Fabrik. Denn schon heute seien 32 Millionen der knapp 500 Millionen EU-Bürger ausländische Staatsangehörige.

Dr. Vera Birtsch, Leiterin des Amtes für Arbeit und Integration der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde, wies darauf hin, dass die Erwerbstätigenquote unter den mittlerweile 515.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg noch zu gering sei. „Deshalb will der Hamburger Senat bei der Integration deutliche Zeichen setzen. ESF-geförderte Projekte wie die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung (ZAA) sind gute Beispiele für eine zielgerichtete Förderung. Die schnelle Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ist ein wichtiger Beitrag, um neue Fachkräfte zu gewinnen“, sagte sie.

Michael Gwosdz, Leiter der ZAA, Canan Yildirim, stellvertretende Leiterin der Beratungsstelle für Migration, der Ausbildungsleiter der Still GmbH, Jörg Milla, sowie Rainer Schulz, Geschäftsführer des Hamburger Institutes für Berufliche Bildung, diskutierten, wie die aktuell rund 100 ESF-Projekte aus der laufenden Förderperiode ganz gezielt bei Schul- und Berufsausbildung sowie Weiterqualifizierung helfen können und wo weitere Ansatzpunkte für künftige Projekte liegen.

Die Besucher der Fabrik informierten sich an verschiedenen Ständen bei Mitarbeitern mehrerer ESF-Projekte für Migranten. Darunter zwei Angebote der Handwerkskammer, die sich stark auf Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund konzentrieren.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, ESF-Öffentlichkeitsarbeit
Claudia Hillebrand, Tel: 040 – 42863-3162
Nora Obenaus, Tel: 040 – 42863-3959
E-Mail: esf-pr@bwa.hamburg.de

19. September 2011/bgv19

Verbotene Downloads können teuer werden

Faltblatt der BGV weist auf Risiken von Up- und Downloads im Internet hin

Ein schneller Klick im Internet, ein kurzer Download, ein folgender Anwaltsbrief mit einer Abmahnung – und schon kann es teuer werden. Solche Abmahnungen, z.B. bei der Nutzung von Internetausbörsen, sind häufig die Folge von unbewussten Urheberrechtsverstößen. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz will Jugendliche und Eltern deshalb mit dem Faltblatt „Upload – Download. Rechte im Internet“ über legale Möglichkeiten im Internet informieren und auf Risiken hinweisen.

Die scheinbar günstige und entsprechend verlockende Möglichkeit, z.B. Musiktitel oder Filme, einfach, schnell und kostenfrei aus dem Internet auf den eigenen PC zu kopieren, birgt vielfach Gefahren. „Medienkompetenz gehört zur Verbraucherkompetenz und vermeidet ein böses Erwachen“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Es genügt nicht, Medien wie das Internet nur benutzen zu können. Vielmehr gehören auch Kenntnisse über den rechtlichen Hintergrund dazu, um Vor- und Nachteile, aber auch um mögliche Risiken oder Rechtsverstöße zu erkennen. Dabei sind nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Eltern gefragt, die wir ebenfalls informieren wollen.“

Da immer wieder insbesondere jugendliche Verbraucherinnen und Verbraucher betroffen sind, haben sich die Verbraucherschutzministerinnen und Verbraucherschutzminister der Länder im Rahmen der 7. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) für Verbesserungen des Verbraucherschutzes bei Abmahnungen eingesetzt. Das Ziel ist es, Abmahnkosten einzugrenzen und die Anzahl der Urheberrechtsverstöße zu reduzieren. Neben gesetzlichen Maßnahmen soll künftig auch eine bessere Verbraucherbildung als präventives Element einen Schwerpunkt bilden. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat dazu die Broschüre „Upload – Download. Rechte im Internet“ veröffentlicht, die sich an Jugendliche, aber auch Eltern richtet. Die Broschüre kann soweit verfügbar per frankiertem Rückumschlag bei der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, Fachabteilung Wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Billstraße 80, 20539 Hamburg oder per E-Mail unter kundenschutz@bgv.hamburg.de bestellt werden. Sie steht auch unter www.hamburg.de/kundenschutz im Internet zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt,
Tel.: 428 37 – 23 32, E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de;
Internet: www.hamburg.de/bgv

20. September 2011/bgv20

Alkohol bleibt Suchtmittel Nummer Eins

Daten zur Verbreitung des Suchtmittelkonsums und der Situation suchtkranker Menschen in Hamburg

Alkohol bleibt das Suchtmittel Nummer eins und Menschen mit Alkoholproblemen suchen erst spät Hilfe: Dies sind nur zwei der Erkenntnisse aus dem aktuellen Bericht zur Situation Suchtmittelabhängiger Menschen in Hamburg. Die vorliegenden Daten machen auch deutlich, dass der Cannabiskonsum besonders unter Jugendlichen nach wie vor weit verbreitet ist. Ein erfreulicher Trend ist hingegen bei den Erstkonsumenten von Opiaten zu beobachten. Deren Zahl geht weiter leicht zurück.

„Fundierte Kenntnisse über Suchtmittelkonsumenten und deren Konsumgewohnheiten bilden die Grundlage, um Probleme angehen zu können. Und Hamburg verfügt über ein bundesweit einzigartiges Monitoring zur Erhebung dieser Daten“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks** anlässlich der heutigen Vorstellung des „Epidemiologischen Suchtsurvey“, einer Repräsentativerhebung zum Gebrauch und Missbrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Hamburg sowie des Statusberichts der Hamburg Basisdatendokumentation. „Die Berichte belegen auch, dass die Suchthilfe in Hamburg gute Arbeit leistet und bei den Menschen ankommt. Sie machen aber auch deutlich, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen.“ Die Gesundheitsbehörde fördert 35 teilweise spezialisierte Einrichtungen der Suchtberatung und –hilfe mit jährlich 17,2 Millionen Euro.

Der Epidemiologische Suchtsurvey zeigt nach 1990, 1997 und 2003 zum vierten Mal die Verbreitung von Suchtmitteln in der Hamburger Bevölkerung. Die Hamburger Basisdatendokumentation der ambulanten Suchtkrankenhilfe liefert in Ergänzung einen sehr guten Überblick darüber, in welchem Maße und von wem die Suchtberatungsstellen frequentiert werden. Die Basisdatendokumentation erlaubt dabei eine differenzierte, geschlechtsspezifische und zeitnahe Datenauswertung. Ergänzt werden diese beiden Berichte durch die bereits veröffentlichte Studie „Hamburger Schüler und Lehrerbefragung zum Konsum von Suchtmitteln“ kurz SCHULBUS, des Büros für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen.

Alkohol ist weiterhin das weitest verbreitetet Suchtmittel

Alkohol ist weiterhin das Suchtmittel Nummer eins. Rund drei Viertel der Erwachsenen in Hamburg geben an, dass sie aktuell Alkohol konsumieren. Bei 37 Prozent der Männer und 18 Prozent der

Frauen liegt das letzte Rauscherlebnis nicht länger als 30 Tage zurück „Diese Zahlen verdeutlichen, dass Rauschtrinken keineswegs nur ein Problem von Jugendlichen darstellt“, sagt **Theo Baumgärtner, Leiter des Büros für Suchtprävention** in Hamburg. Aus der Hamburger Basisdatendokumentation ist zudem ersichtlich, dass Menschen mit Alkoholproblemen erst spät Hilfe und Unterstützung suchen. „Zwar erhöhte sich die Zahl der Klientinnen und Klienten unter 27 Jahren in der ambulanten Suchthilfe in den letzten 10 Jahren von 1.500 auf 2.800, jedoch ist die Zeitspanne von bis zu 12 Jahren zwischen dem ersten Suchtproblemen und der Inanspruchnahme der Suchthilfe zu lange. Unser Ziel muss es sein Betroffene früher zu erreichen“, so **Prüfer-Storcks**.

Einen Erfolg sieht die Senatorin aber darin, dass es gelungen ist, das Alter des Erstkonsums von Alkohol seit 2004 von damals 12,7 Jahren auf inzwischen 13,2 Jahre zu erhöhen. „Je später die Jugendlichen mit dem Alkoholkonsum beginnen, desto geringer ist der Alkoholkonsum in den späteren Jahren. Das belegen die Daten eindrucksvoll“, so **Baumgärtner**.

Die Daten aus der Hamburger Basisdatendokumentation verdeutlichen auch, welche Probleme mit der Suchterkrankung einher gehen. 19 Prozent der Hilfesuchenden sind neben der Suchterkrankung erheblich bis extrem gesundheitlich beeinträchtigt, 30 Prozent sind psychisch erheblich bis stark belastet. 42 Prozent sind arbeitslos. „Die beste Rehabilitation ist wirkungslos, wenn es nicht gelingt, dass die Menschen eigenverantwortlich und möglichst ohne Transferleistungen leben können. Gesundheitliches Wohlbefinden und ein sicherer Arbeitsplatz sind beides wichtige Bausteine“, so **Prüfer-Storcks**. Hier gilt es für die Suchthilfe systematisch und fallbezogen für Kooperation mit den zuständigen Stellen zu werben z.B. mit den Arge oder Weiterbildungseinrichtungen.

Cannabiskonsum unter Jugendlichen weit verbreitet

Die Daten machen auch deutlich, dass der Cannabiskonsum in der Hamburger Bevölkerung besonders unter Jugendlichen weit verbreitet ist. Während 5,9 Prozent der 18- bis 59-Jährigen angeben, in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert zu haben, sind es in der Gruppe der 15- bis 16-Jährigen 11 Prozent.

„Auch wenn der Trend leicht zurückgeht, diese Zahlen sind alarmierend“, so **Prüfer-Storcks**. „Positiv ist aber, dass die Suchthilfe diese Zielgruppe zunehmend besser erreicht. Die Zahlen zeigen aber auch, dass wir hier weiterhin Schwerpunkte setzen müssen.“ Suchten 2005 nur 879 Cannabisabhängige Unterstützung in einer Suchtberatungsstelle waren es 2010 2.008. „Das Hilfesystem hat große Anstrengungen unternommen, um Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen. Die Zahlen belegen, dass uns das gelungen ist“, sagt **Frank Goedecke, Vorstand von BADO e. V.**

Weniger erstauffällige Konsumentinnen und Konsumenten harter illegaler Drogen

Ein erfreulicher Trend ist bei den Erstkonsumenten von Opiaten (Heroin) zu beobachten. Die Zahl der Erstkonsumentinnen und Erstkonsumenten geht seit Jahren leicht zurück und dieser Trend scheint sich fortzusetzen. Die Prävalenz der HIV- als auch der Hepatitis C-Infizierten ging merklich zurück. Die ergriffenen Maßnahmen, angefangen bei Safer-Use-Beratungen über Sprizentausch bis hin zu der Möglichkeit unter hygienischen Bedingungen Suchtmittel in den spezialisierten Einrichtungen zu konsumieren zeigen Erfolge. Ein Blick in die Hamburger Basisdatendokumentation macht jedoch auch deutlich, dass die Klientinnen und Klienten gesundheitlich und psychisch sehr belastet sind. „Die Daten belegen eindrucksvoll, dass Veränderung Zeit braucht. Mit längerer Betreuungszeit gehen größere Veränderungen einher“, sagte **Marcus Martens vom Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung** mit Verweis auf die Erkenntnisse zur Betreuungsdauer. Die Daten zeigen auch: 70 Prozent der Hilfesuchenden sind arbeitslos, 69 Prozent haben Gewalterfahrungen machen müssen und 26 Prozent wurden Opfer sexueller Gewalt. „Eine Suchterkrankung geht fast immer einher mit weiteren Problemen. Dieser Komplexität müssen wir uns stellen“, so **Prüfer-Storcks**. „Unser Ziel muss deshalb eine bessere Zusammenarbeit zwischen medizinischem System, Arbeitsagenturen, Schule und Jugendhilfe sein.“

Der Bericht Bado 2010 kann unter www.bado.de heruntergeladen, bzw. bei Bado e.V., c/o Jugendhilfe e.V., Repsoldstrasse 4, 20097 Hamburg oder unter barre.hgst@jugendhilfe.de bestellt werden.

Der Suchtsurvey des IFT steht in Kürze unter <http://www.hamburg.de/startseite-drogen-sucht> zur Verfügung stehen und kann bestellt werden unter drogenundsucht@bgv.hamburg.de.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19.September 2011/bsb19

Hamburg hat jetzt sieben „Kulturschulen“

Mit dem Ziel, kulturelle Bildung im Schulalltag zu verankern und junge Menschen auch aus schwierigen sozialen Verhältnissen an Kultur heranzuführen, dürfen nun sieben Hamburger Schulen ihren Namen um den Titel „Kulturschule“ ergänzen. Es sind dies die Grundschulen Clara-Grunwald-Schule (Bergedorf), die Heinrich-Wolgast-Schule (Hamburg-Mitte) und die Grundschule Thadenstraße (Altona) sowie die vier Stadtteilschulen Altrahlstedt (Wandsbek), die Stadtteilschule am Hafen (3 Standorte in Altona und Hamburg-Mitte, die Schulen am Heidberg (Grundschule und Stadtteilschule gemeinsam, Hamburg-Nord) und die Kurt-Tucholsky-Schule (Altona). Sie haben sich erfolgreich im Rahmen des Projektes „Kulturschule Hamburg 2011 – 2014“ beworben, welches von der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Behörde für Kultur und Medien und der Gabriele Fink Stiftung gemeinsam getragen wird. Bei der Auswahl der Schulen wurden der jeweilige KESS-Sozialindex (KESS 1-3) sowie die Konzeptideen der Schulen berücksichtigt, die allesamt mit der Perspektive verbunden sind, bereits vorhandene Projekte im künstlerischen und kulturellen Bereich zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen.

Im Rahmen einer zentralen Auftaktveranstaltung in der Kulturschule Altrahlstedt überreichten **Dr. Michael Voges, Staatsrat der Behörde für Schule und Berufsbildung**, und **Petra Kochen, Vorstandsvorsitzende der Gabriele Fink Stiftung**, den Schulleitungen vor Kurzem die Urkunden.

Hintergrund: Als Kulturschulen erarbeiten die ausgewählten Schulen Konzepte, um traditionelle Unterrichtsstrukturen aufzubrechen, fächer- und jahrgangsübergreifende kulturelle Unterrichtsangebote in ihr Curriculum aufzunehmen, außerschulische Lernorte einzubeziehen und mit Kulturinstitutionen im Quartier und in der Stadt zu kooperieren. Die kulturspezifische Ausrichtung des Unterrichts soll nicht zusätzlich angeboten werden, sondern als Bestandteil des Schulalltags zu einer nachhaltigen Veränderung des Unterrichts führen. Auf diese Weise soll die Teilhabe an Kunst und Kultur möglichst vielen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Herkunft zugänglich gemacht werden.

Das Projekt „Kulturschule Hamburg 2011 – 2014“ ist im ersten Schritt auf drei Jahre angelegt, die Förderung kann aber auf sieben Jahre ausgedehnt werden. Die Gabriele Fink Stiftung unterstützt die Schulen finanziell und bietet ihnen zusätzlich projektbegleitende Beratungsleistungen an.

Die Gabriele Fink Stiftung konzentriert ihre Arbeit auf Projekte, die sozial benachteiligten, kranken und behinderten Kindern die Teilhabe an Kultur und Bildung ermöglichen.

Für Rückfragen der Medien:

Thomas Bressau, stellv. Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2005

E-Mail: thomas.bressau@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

20. September 2011/bsb20

Programm „Kulturschule Hamburg 2011-2014“ gestartet: Bildungsstaatsrat Dr. Michael Voges eröffnet Kulturschulen

„Kultur öffnet die Sinne für neue Erfahrungen. Kultur lässt Menschen aufleben. Kultur führt Menschen zusammen. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollte deshalb die Chance bekommen, Kunst und Kultur als Bereicherung zu erleben. Dazu braucht es Vorbilder, Vermittler und Förderer, die von dem Mehrwert kultureller Bildung überzeugt sind.“

Das sagt **Bildungsstaatsrat Dr. Michael Voges** anlässlich der Eröffnungsfeier an der Stadtteilschule Altrahlstedt zum Programm „Kulturschule Hamburg 2011-2014“ und spricht damit den beteiligten Schulen aus dem Herzen.

Die Grundschule Thadenstraße, die Heinrich-Wolgast Schule, die Schulen Am Heidberg (Grundschule und Stadtteilschule) Stadtteilschule Am Hafen, Kurt-Tucholsky Schule, Stadtteilschule Altrahlstedt und die Elbschule Bildungszentrum Hören und Kommunikation machen sich mit Beginn dieses Schuljahres auf den Weg, in Verbindung mit künstlerischen und kulturellen Angeboten Unterricht zu entwickeln. In diesem Zusammenhang werden die Kulturschulen zum Beispiel Kooperationen mit außerschulischen Partnern eingehen. Der schulische Lernort wird so durch außerschulische Begegnung ergänzt.

Erste konkrete Überlegungen gibt es bereits: Die Stadtteilschule Altrahlstedt plant in Zusammenarbeit mit dem Literaturhaus einen Roman zu schreiben. Ein halbes Jahr lang befassen sich Schülerinnen und Schüler mit den Formen des literarischen Schreibens. Zur Seite steht ihnen dabei der Hamburger Schriftsteller Michael Weins, der sich mit humorvoller Schreibe und seinen leicht schrägen Figuren darauf versteht, Jugendliche anzusprechen. Selbstverständlich, dass auch die künstlerische Gestaltung des Covers in den Händen der Schule liegt – beim Kurs für Bildende Kunst.

Die Stadtteilschule Am Heidberg steht in Kontakt mit den Deichtorhallen. Der Dialog zwischen Museum und Schule ist bereits in einem Projekt im Frühjahr 2011 erprobt worden. Jetzt planen die zwei Institutionen unter dem Entwicklungsschwerpunkt „Kulturschule“ eine weitere Kooperation. Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule Am Heidberg werden "etablierten" zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern im eigenen gestalterischen Denken und Tun auf die Spur kommen.

Alle teilnehmenden Schulen vereint die Überzeugung, dass es zu einem ganzheitlichen Blick auf die Schülerinnen und Schüler auch gehört, neben den kognitiven auch die kreativen, kommunikativen und gestalterischen Kompetenzen auszubilden. Das Ziel ist Schulentwicklung. Die beteiligten Kulturschulen haben schon in ihrer Bewerbung gezeigt, dass sie ihren Unterrichtsalltag und ihre Organisationsstruktur so verändern wollen, dass kulturelle Bildung als selbstverständlicher Teil des schulischen Lebens etabliert wird.

Diese Aufgabe braucht Zeit und Beständigkeit. Die Kooperationspartner in dem Programm - die Gabriele Fink Stiftung, die Kulturbehörde und die Behörde für Schule und Berufsbildung – möchten diesem Anspruch gerecht werden: Nach einer dreijährigen Startphase besteht für die teilnehmenden Schulen die Aussicht, in ihrem Entwicklungsprozess weitere vier Jahre unterstützt zu werden.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

Behörde für Kultur und Medien

Stefan Nowicki, Pressesprecher

Tel. (040) 428 24 - 207

E-Mail: stefan.nowicki@bkm.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bkm

Gabriele Fink Stiftung

Jürgen Beißner

Tel. (040) 350 199 71

E-Mail: presse@gabrielefinkstiftung.de, Internet: www.gabrielefinkstiftung.de

22. September 2011/bsb22a

alles»könner LIVE-Tag: 48 Schulen präsentieren lernförderlichen, individualisierten Unterricht

31 Grundschulen, 12 Stadtteilschulen, 3 Gymnasien, 1 Sprachheilschule und 1 Förderschule, insgesamt also 48 Hamburger Schulen haben heute Ihre Türen geöffnet und in rund 200 Veranstaltungsangeboten kompetenzorientierten Unterricht und Planungs- und Beratungsgespräch in konkreten Unterrichtssituationen gezeigt.

Die Schulen haben Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und jedem an Schule Interessierten präsentiert, wie heute konkreter Unterricht und lernförderliche Rückmeldungen aussehen, so dass alle Schülerinnen und Schüler individuelle Lernzuwächse erreichen können, das hochbegabte Kind genauso wie ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

So bestand die Möglichkeit im Unterricht zu hospitieren, Lernentwicklungsgespräche mitzuerleben (ersetzen an vielen Schulen sukzessive die Elternsprechtage), Fachvorträge zu hören, sich aktiv an Workshops zu beteiligen oder sich anhand von Ausstellungen zu orientieren.

Hintergrund:

Lehrerinnen und Lehrer aus 48 Schulen, Wissenschaftler und Fortbildner entwickeln und erproben (seit dem Schuljahr 2008/9 und für die Dauer von 5 Schuljahren) im Schulversuch „alles»könner“ kompetenzorientierten, individualisierten Unterricht und lernförderliche Rückmeldeformen, damit Schülerinnen und Schüler profitieren:

- „Ich kann lernen“ - Lernstrategien anwenden und Lernfreude haben
- „Ich kann schwierige Aufgaben lösen“ - Anforderungen bewältigen und Lernziele erreichen
- „Ich kann meine Lernergebnisse einschätzen“ - Lernentwicklung reflektieren und Lernstand kennen
- „Ich kann immer mehr.“ - Kompetenzen entwickeln und den eigenen Kompetenzen vertrauen

Alle Beteiligten im Schulversuch alles»könner engagieren sich, um den Unterricht und die Lernerfolge zu verbessern. Die Erkenntnisse und Erfahrungen sollen allen Hamburger Schulen nützen.

Die wissenschaftliche Leitung des Schulversuchs hat das IPN (Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik, Universität Kiel) übernommen.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.hamburg.de/alleskoenner zu finden.

Behörde für Schule und Berufsbildung Barbara Klüh, Projektleitung Schulversuch alles»könnner Tel: (040) 4 28 63 – 4607 E-Mail: barbara.klueh@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/alleskoenner	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
--	---

23. September 2011/bsb23

„Zu Fuß zur Schule“-Tag: 14.000 Hamburger Kinder nehmen an weltweiter Aktion teil - Senator Ties Rabe ehrt Gewinner des Aktionstages

„Zu Fuß zur Schule – mehr erleben, fit bleiben und sicher im Straßenverkehr werden!“ - Unter diesem Motto beteiligen sich heute 58 Hamburger Grundschulen mit rund 14 000 Schülerinnen und Schüler am internationalem „Zu Fuß zur Schule-Tag“, der heute um 9. Mal stattfand. In keiner anderen deutschen Stadt wird der Tag so groß und aktiv begangen wie in Hamburg.

Schulsenator Ties Rabe zeichnete die Siegerschulen 2011 aus, die den Wettbewerb um die meisten Fußgänger gewonnen haben:

- Platz 1: Marie Beschütz-Schule (Eppendorf)**
- Platz 2: Schule Kielortallee (Eimsbüttel)**
- Platz 3: Fritz-Köhne-Schule (Rothenburgsort)**

Die beiden Sonderpreise gingen an die Schule Fünfhausen-Warwisch (Vierlande) und die „Apfelschule“ in Jork (Metropolregion Hamburg).

Die für die 58 Schulen errechnete CO₂ -Einsparung am Vortag betrug 2.320 kg – „ein hervorragendes Ergebnis zum Start der 3. Hamburger Klimawoche“, ist Senator Rabe begeistert. Denn: Von den 3.500 Autokindern an diesen Schulen sind 2.900 an diesem Tag zu Fuß gekommen (und werden es hoffentlich auch weiter tun).

Senator Rabe erklärt: „Hamburg hat den Anspruch, eine Vorreiterrolle für einen wirksamen Klimaschutz zu übernehmen. Das wichtigste Ziel ist dabei eine drastische Minderung der CO₂-Emissionen. Dies erfordert ein Umdenken bezüglich unseres Verkehrsverhaltens. Die Schülerinnen und Schüler haben heute gezeigt, welchen aktiven Beitrag sie leisten können.“

Weshalb nimmt Hamburg an der weltweiten Aktion „Zu Fuß zur Schule“ teil?

- Derzeit wird jedes 4. Kind mit dem Auto zur Schule gebracht. Dadurch erhöht sich das Verkehrsaufkommen rund um die Schule und gefährdet die Kinder.
- Die Gleichung „Mit dem Auto zur Schule = Sicher zur Schule“ geht nicht auf: Insgesamt verunglückten im Jahr 2010 692 Kinder bis 15 Jahre, davon 248 als Mitfahrer im Auto (36 %), 182 als Fußgänger (26 %) und 262 als Radfahrer (38 %). Verkehrsexperten weisen darauf hin, dass Kinder möglichst früh lernen sollen sich sicher und selbstständig im Straßenverkehr zu bewegen. Außerdem werden die sozialen Kontakte gefördert und die Sinne der Kinder geschult. Und: Die Kinder selbst wollen mithelfen, die Umwelt zu schützen und den Klimawandel zu verhindern.
- Der „Zu Fuß zur Schule“-Tag will ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit schaffen, für Klimaschutz, Sicherheit für Kinder, Gesundheit der Kinder (Bewegung).

Die Angebote für Schulen und Eltern zum „Zu Fuß zur Schule - Tag“ 2011 sind:

- **„Schulweg-Pass“ für alle Schüler** - Wer seinen Schulweg zu Fuß, mit dem Roller oder Fahrrad zurücklegt, bekommt täglich - 3 Wochen lang - einen Stempel. Die Initiatoren hoffen damit auch längerfristig zu wirken.
- **Fuß-Rätsel für Einsteiger und Profis** - Welche Füße gehören zu welchem Tier?
- **Faltblatt „Schulweg ohne Auto ist schön!“**
- **„Haltestellen-Plakate“** für gemeinsame Treffpunkte der Kinder auf dem Schulweg. (Bis dort können Eltern ihre Kinder - auch mit dem Auto – begleiten. Danach geht es zu Fuß zur Schule weiter.)
- **Reflektierende Fuß-Anhänger**

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Gunter Bleyer, Referent Mobilitäts- und Verkehrserziehung Tel: (040) 4 28 63 – 3707 E-Mail: gunter.bleyer@bsb.hamburg.de , Internet: www.bildungsserver.hamburg.de/verkehrserziehung	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	---

18. September 2011/bsu18

Umwelthauptstadt mit neuem Partner

Türkische Gemeinde Hamburg kündigt eigene Umweltprojekte an

Als Fortsetzung der inzwischen etablierten Umwelthauptstadt-Dialoge haben sich heute Nachmittag zum ersten Mal offiziell Vertreter der Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. (TGH) mit Vertretern der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, der Umwelthauptstadt, der Klimaforschung, von Umweltverbänden und von öffentlichen Unternehmen getroffen.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger legen in besonderem Maß Wert auf Gemeinschaft - und sie machen den größten Teil der Einwanderer in Hamburg aus. Deshalb sind sie prädestiniert, uns beim Umweltschutz für die Stadt zu unterstützen. Ich sehe hier großes Potenzial und hoffe, dass die heutige Veranstaltung nur ein Auftakt war. Energiewende, Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit im Umweltschutz sind ohne diese große Bevölkerungsgruppe schlicht nicht zu schaffen. Deshalb brauchen wir sie unbedingt und freuen uns auf Mithilfe.“

Die Bedeutung des Treffens machte die türkische Seite durch Beisein von Generalkonsul Devrim Öztürk deutlich. Genauso wie Hüseyin Yilmaz, Vorsitzender der TGH, gratulierte Generalkonsul Öztürk der Stadt ausdrücklich zum Titel „Umwelthauptstadt Europas 2011“. Hüseyin Yilmaz betonte außerdem den Willen der türkischen Gemeinde, sich künftig noch deutlicher an Bemühungen um mehr Umwelt- und Klimaschutz in Hamburg zu beteiligen. Er kündigte das Projekt „Umweltberater/Umweltbotschafter“ für das nächste Jahr an: Dann sollen türkische Energieexperten in türkischstämmigen Familien für mehr Energieeffizienz und individuellen Klimaschutz werben.

Als Symbol der Verwurzelung der TGH in Hamburg und als Beispiel für die Unterstützung des Titels „Europäische Umwelthauptstadt 2011“ überreichte Hüseyin Yilmaz Umweltsenatorin Blankau die Spenden-urkunde für einen Baum im Rahmen der Umwelthauptstadt-Aktion „Mein Baum - meine Stadt.“ Im Rahmen der großen Pflanzaktion im Oktober hat die TGH Spenden für die Pflanzung eines Spitzahorns in Billstedt gesammelt.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

18. September 2011/bsu18a

Zwei Tage Umweltrecht auf höchstem Niveau

Erster Internationaler Umweltrechtstag im Rahmen der Umwelthauptstadt: Fortsetzung 2013 in Hamburg

In der Bucerius Law School ging am Freitag der erste Internationale Umweltrechtstag Hamburg zu Ende. 200 Umweltrechtler aus über dreißig Ländern waren auf Einladung des Vereins Internationaler Umweltrechtstag Hamburg e.V. (IURT) in die Umwelthauptstadt 2011 gekommen, um die internationale Klimapolitik sowie Umweltrisiken der Schifffahrt aus rechtlicher Sicht zu diskutieren. Der Internationale Umweltrechtstag ist eine der Kernveranstaltungen Hamburgs als Umwelthauptstadt 2011.

Hamburgs Erster Bürgermeister, Olaf Scholz, begrüßte die Teilnehmer und weitere Gäste aus Politik und Wirtschaft, unter ihnen Richter des Internationalen Seegerichtshofes und Angehörige des konsularischen Korps, Mitglieder des Bundestags und der Hamburgischen Bürgerschaft im Rahmen eines Senatsempfang im Hamburger Rathaus.

Bezogen auf den Klimaschutz und mit Blick auf die nächste internationale Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention Ende des Jahres im südafrikanischen Durban (COP 17), forderte die Mehrheit der Referenten und Diskutanten eine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung des 2-Grad-Ziels sowie verbindliche Festlegungen der CO₂-Reduktionsziele und der Internationalen Lastenverteilung, auf deren Grundlage die Staaten unterschiedliche Instrumente ableiten können.

Im Mittelpunkt des Themenkreises Meeresumweltschutz und Schiffssicherheit stand der Konflikt zwischen den ehrgeizigen Zielen der EU und dem von vielen als unzureichend empfundenen Vorgehen der für die globale Schifffahrt zuständigen „International Maritime Organisation“ (IMO) Im Rahmen der Konferenz wurden die völkerrechtlichen Grenzen für die bereits angekündigten, aber inhaltlich noch nicht konkretisierten Rechtssetzungsaktivitäten der EU-Kommission, herausgearbeitet.

Umweltsenator a.D. Jörg Kuhbier konnte als Vorsitzender des IURT ein positives Fazit ziehen: „Hamburg hat mit dem 1. Internationalen Umweltrechtstag seinem guten Ruf als Rechtsstandort und als Zentrum der umweltrechtlichen Entwicklung alle Ehre gemacht.“

Nach dem großen Erfolg dieser ersten Konferenz freut sich der Vorstand des IURT im Jahr 2013 wieder zum weltweit größten Event des Umweltvölkerrechts nach Hamburg einzuladen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

19. September 2011/bsu19

Müll trennen lohnt sich!

Hauswurfsendung mit Recyclinginfos für alle Hamburger Haushalte

Ab heute verteilt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt per Hauswurfsendung an alle Haushalte in Hamburg einen Flyer mit Informationen zur Abfallentsorgung. Darin steht, wie jeder einzelne Haushalt bei konsequenter Mülltrennung Geld und CO₂-Emissionen sparen kann. Bis Ende September soll die Verteilung des Flyers an rund eine Million Haushalte abgeschlossen sein. Sie erfolgt im Rahmen der „Recycling-Offensive“, die die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Umwelthauptstadtjahr zusammen mit der Stadtreinigung gestartet hat, um Hamburgs Wiederverwertungsquote zu steigern.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Recyceln und Müll trennen muss in Zeiten ständig steigender Rohstoffpreise, immer begrenzter Ressourcen und des Klimawandels selbstverständlich werden. Jetzt ist eine kompakte Info an alle unterwegs, in der auf einen Blick klar wird, welche Abfälle in welche Tonne kommen. In die gelben Tonnen und Säcke gehören seit dem Frühjahr nicht nur Verpackungen, sondern auch Gegenstände aus Kunststoff und Metall. Das ist noch nicht bekannt genug. Diese Materialien sind viel zu wertvoll für die Müllverbrennung, über die gelbe Wertstoffsammlung werden sie sortiert und können dann weitgehend recycelt werden.“

Der Flyer macht kurz und bündig klar, welcher Umweltbeitrag im Recycling steckt und dass sich Müll trennen für jeden in Cent und Euro rechnet. Die blaue Papiertonne, die gelbe Hamburger Wertstofftonne und auch die öffentlich aufgestellten Container für Papier und Glas kosten nichts, der Restmüll dagegen Gebühren. Auch mit der grünen Biotonne wird Geld gespart. Denn die Gebühren für die Bioabfalltonne betragen nur 20% der Gebühren für Restmüll, und der Anteil von Bioabfall in der Mülltonne - und damit das Einsparpotential - ist groß.

Mehr dazu im Internet unter: www.hamburg.de/abfall/

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

20. September 2011/bsu20

„Bündnis für das Wohnen in Hamburg“: Senat und Wohnungswirtschaft unterzeichnen Vereinbarung für mehr Wohnungsbau

Nach der Unterzeichnung des „Vertrags für Hamburg“ zwischen dem Senat und den sieben Bezirken hat der Senat heute einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den jährlichen Baubeginn von 6.000 Wohnungen in Hamburg unternommen.

Mit der Unterzeichnung eines „Bündnisses für das Wohnen in Hamburg“ bekräftigen Wohnungsverbände und Senat ihren festen Willen, auf kooperativem Wege attraktives und bezahlbares Wohnen für alle Hamburger Haushalte aktiv zu gestalten. Senat und Wohnungswirtschaft sind sich darin einig, dass die vereinbarten Maßnahmen sozial ausgewogen erfolgen müssen.

Senat und

- der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. Hamburg.Mecklenburg-Vorpommern.Schleswig-Holstein (VNW),
- die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Wohnungsunternehmen e.V. (AHW),
- der Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW), Landesverband Nord e.V.,
- der Grundeigentümer-Verband Hamburg von 1832 e.V.,
- der Immobilienverband Deutschland (IVD), Verband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen, Region Nord e.V.
- sowie die SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und die GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH (SAGA GWG)

haben in vier Themenfeldern Vereinbarungen getroffen. Partnerschaftlich beraten wurden sie vom Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V. und „Mieter helfen Mietern“ Hamburger Mieterverein e.V., um auch die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu beachten.

Senatorin Jutta Blankau: „Nachdem wir bereits die Bezirke verstärkt in den Wohnungsbau eingebunden haben, schaffen wir nun den nächsten Meilenstein mit dem ‘Bündnis für das Wohnen in Hamburg’. Mit unseren Partnern in der Wohnungswirtschaft haben wir jetzt verbindliche Absprachen getroffen, um mehr bezahlbaren Wohnraum in Hamburg zu schaffen. 6.000 neue Wohnungen zu bauen oder auch die energetische Ertüchtigung des Bestandes sind Aufgaben, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Jetzt sind alle an Bord und nehmen volle Fahrt voraus, um unsere Ziele zu unterstützen, den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu bewahren.“

Senator Detlef Scheele: „Ich freue mich, dass wir gemeinsam einen Weg gefunden haben, Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt häufig benachteiligt sind, neue Perspektiven zu geben. Dazu gehören neben Wohnungs- und Obdachlosen auch Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und mehrfachen Behinderungen. Außerdem unterstützen wir mit dem neuen Vertrag bedürftige Familien mit Kindern, die auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, um dort dauerhaft leben zu können.“

Die wichtigsten Vereinbarungen im Überblick:

Mehr Neubau von Wohnungen

Die FHH sagt zu, Fördermittel für wenigstens 2.000 Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen für geringe und mittlere Einkommen bereitzustellen und ist bestrebt, ihr Flächen- und Portfoliomanagement aktiver zu gestalten. Des Weiteren wird die FHH eigene Grundstücke passgenau unter Berücksichtigung ihrer individuellen Rahmenbedingungen aufgrund von Konzeptausschreibungsverfahren vergeben. Durch diese wirksame Bereitstellung von bezahlbaren städtischen Flächen für den Wohnungsbau ist ein Erreichen der Neubau-Zielzahlen grundsätzlich möglich.

Die Wohnungsverbände sagen zu, auf ihre jeweiligen Mitgliedsunternehmen bzw. Mitglieder einzuwirken, den Wohnungsbau so zu befördern, dass die Wohnungsbauziele des Senats erreicht werden können.

Klimaschutz und Energieeffizienz zu sozialen Konditionen

Die FHH hat mit ihrem Klimaschutzkonzept das Ziel formuliert, die CO₂-Emission um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Die Wohnungsverbände bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Senats.

Die Wohnungsverbände wirken auf ihre Mitgliedsunternehmen ein, die durchschnittlichen Endenergieverbräuche (ohne Warmwasser) bis 2020 auf 133 kWh/a je m² Wohnfläche zu verringern und den jährlichen CO₂-Ausstoß im gleichen Zeitraum auf 25,0 kg je m² Wohnfläche zu senken. Spezifische Bestände, wie etwa Altbauten der Baualtersklasse vor 1918 oder Eigentumswohnungen, werden davon abweichend einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Die unterzeichnenden Verbände bekennen sich zu ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihren Mietern und Mitgliedern. Sie wollen gemeinsam mit der Wohnungspolitik und den Mieterverbänden Lösungen suchen, um die energetischen Ziele sozialverträglich umzusetzen.

Die FHH gewährleistet eine zuverlässige und kontinuierliche Förderung von energetischen und umfassenden Modernisierungen von Bestandswohnungen auf hohem Niveau.

Gemeinsam möchte man auch durch weitere Maßnahmen (Weiterbildung, Beratung etc.) Optimierungspotenziale nutzen.

Städtebau / Erhalt der Backsteinfassaden

Der Erhalt der charakteristischen Backsteinfassaden Hamburgs ist gemeinsames Ziel der Bündnispartner. Die Wohnungsverbände, deren Unternehmen viele dieser stadtbildprägenden Backsteinbauten in ihren Beständen halten, bekennen sich zu ihrem Erhalt. Mögliche Maßnahmen zum Erhalt bei energetischen Sanierungen sollen immer auch sozial verträglich, städtebaulich angemessen und wirtschaftlich darstellbar sein.

Die FHH wird dazu Zuschüsse für energetische Modernisierungen für Vollklinker und gebrannte Klinkerriemchen auch künftig auf einem hohen Niveau anbieten.

Die Bestände von Backsteinfassaden in Hamburg werden darüber hinaus überschlägig in Kategorien mit spezifischen Empfehlungen eingeteilt, an denen sich die Eigentümer orientieren.

Kategorie 1: Geschützte und erkannte Denkmäler

Kategorie 2: Wohnungsbau und Öffentliche Gebäude zwischen 1910 und 1936

Kategorie 3: Bestände des Wieder- und Neuaufbaus bis Mitte der 1960er Jahre

Kategorie 4: Stadterweiterungen bis Ende der 1970er Jahre

Kategorie 5: Bestände seit den 1980iger Jahren

Integrative Wohnungspolitik / Versorgung von Wohnungsnotfällen

Gemeinsames Ziel des Hamburger Senats und der Wohnungsverbände ist eine nachfrage- und bedarfsgerechte Wohnraumversorgung für alle Hamburger Haushalte. Besonderes Augenmerk verdienen dabei Menschen, die besondere Benachteiligungen erfahren und es deshalb am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Die Wohnungsverbände und der Hamburger Senat sind sich einig, dass die Integration in Wohnraum gelingen muss.

Gemeinsames Bestreben ist daher, dass innerhalb eines Jahres nach Schließen des Bündnisses etwa zehn weitere Wohnungsunternehmen mit der BSU und der BASFI Kooperationsverträge schließen mit der Zielsetzung, mehr Wohnraum für obdach- und wohnungslose Menschen bereit zu stellen.

Weiterhin wird angestrebt, dass ebenfalls zehn weitere Kooperationsverträge zwischen den Bezirken, der BASFI und Wohnungsunternehmen abgeschlossen werden, um Wohnungsverluste von Familien mit Kindern möglichst gänzlich zu vermeiden.

Auch für Menschen mit Behinderungen, die nicht zu den Zielgruppen des Kooperationsvertrages gehörten (z.B. Menschen mit psychischen Erkrankungen oder geistigen und mehrfachen Behinderungen), sollen geeignete Vereinbarungen zur Wohnraumversorgung abgeschlossen werden. Das Programm zum Ankauf von Belegungsbindungen wird verstetigt und stärker beworben.

„Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ im Internet unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/3077106/data/buendnis-fuer-das-wohnen.pdf>

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040) 428 40 -2051, Frank.Krippner@bsu.hamburg.de.

20. September 2011/bsu20a

Spendenaufruf an alle!

„Mein Baum - meine Stadt. Ich mach' mit“

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Die Aktion läuft prima, und ich bedanke mich bei allen Spenderinnen und Spendern im Namen der Stadt ganz herzlich! Wir haben jetzt über 200.000 Euro Baum-Spenden zusammenbekommen und können davon rund 400 Bäume zusätzlich pflanzen. Um alle Lücken in den Reihen der Straßenbäume zu schließen, brauchen wir noch Spenden für rund hundert Bäume. Ich möchte dazu besonders Gruppen und Einzelpersonen aufrufen. Wenn Sie sich zusammenschließen im Sportverein, der Seniorengruppe, beim Skat oder bei Feiern, wenn Kinder und Jugendliche das in Kitas und Schulen tun, Studentinnen und Studenten in WGs und Familien beim großen Nachbarschaftstreffen, dann schaffen wir das. Denn es gibt keine Spendenuntergrenze, jeder Euro, jeder Cent zählt für Hamburgs Straßenbäume!“

Die Aktion „Mein Baum - meine Stadt“ startete Ende Juni. In der Stadt fehlen zur Zeit rund 2.500 Straßenbäume, die im Rahmen dieser Kampagne nachgepflanzt werden sollen. Die eigentliche hamburgweite Pflanzaktion ist für November geplant. Auftakt ist Ende Oktober, und dann werden nachfolgend in allen sieben Bezirken Straßenbäume gepflanzt. Ein derartig großes Baum-Projekt hat es Deutschland von der Logistik her noch nicht gegeben. 2011 Bäume im Wert von 2,011 Mio Euro pflanzt die Stadt im Jahr der Umwelthauptstadt auf eigene Kosten selbst, bei allen weiteren Bäumen legt sie 500 Euro dazu, sobald 500 Euro an Spenden für einen Baum zusammengekommen sind. Denn 1.000 Euro sind die durchschnittlichen Kosten für einen Straßenbaum. Damit werden der Check der Pflanzgrube auf Munition aus dem Zweiten Weltkrieg, das Ausschachten und Auffüllen mit Nährsubstrat, der Baum selbst, das Pflanzen und die anschließende Pflege bezahlt.

Den Baum, für den man spenden will, kann man sich ganz individuell aussuchen, bisher nur im Internet, seit neustem aber auch in den Listen einer **Baumbroschüre**. Sie liegt in allen Volksbank-Filialen, bei Budnikowsky und in den Bezirksämtern aus.

Im Internet gibt man unter www.meinbaum-meinestadt.de seine Straße ein und sieht dann auf der eingeblendeten Karte, ob und wo sich der nächste Pflanzstandort für einen Straßenbaum befindet. Klickt man auf den grün ausgefüllten Kreis, der den Baum symbolisiert, werden Adresse, Art des Baumes und die bisher erreichte Spendensumme angezeigt. Alle Spender werden am Ende der Aktion auf einer großen Tafel im Stadtpark veröffentlicht.

Ein solches Großprojekt erfordert kompetente und engagierte Partner. Die Stadt hat sie: die Bezirke - denn sie pflanzen, pflegen und sanieren die Bäume -, die Loki Schmidt Stiftung, die die Spenden sammelt und verteilt, die Hamburger Volksbank, die das Spendenkonto führt und das Hamburger Abendblatt, das die Aktion medial begleitet und unterstützt.

„Mein Baum - meine Stadt. Ich mach' mit.“ Das Wichtigste auf einen Blick:

Aktionszeitraum	29.Juni bis voraussichtlich Ende November 2011
Zahl der Bäume	gepflanzt werden mindestens 2011, mit Bürgerspenden vorrausichtlich einige Hundert mehr
Teilnehmer	alle (Hamburgerinnen und Hamburger), die sich für ihre Straßenbäume engagieren wollen
Spendenhöhe	keine Begrenzung, weder nach unten noch nach oben
Spendenkonto	„Mein Baum – Meine Stadt“ bei der Hamburger Volksbank, Baumkonto-Nummer 201103, BLZ 201 900 03. Die Überweisungsträger liegen in allen Filialen der Hamburger Volksbank aus. Wer nicht selbst in eine Filiale gehen möchte, kann natürlich auch per Internet-Banking spenden.
Spendenbescheinigung	stellt die Loki Schmidt Stiftung aus, bis 100 Euro reicht dafür der Kontoauszug. Telefon: 040-243 443 oder baum@loki-schmidt-stiftung.de
Karten für Baumstandorte	im Internet unter www.meinbaum-meinestadt.de und in der Baumbroschüre, die bei der Hamburger Volksbank, bei Budni und in den Bezirksämtern ausliegt
eine Aktion von	Hamburg - Umwelthauptstadt Europas 2011, den Hamburger Bezirken, der Loki Schmidt Stiftung, der Hamburger Volksbank und dem Hamburger Abendblatt

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

22. September 2011/bsu22

Nächster Halt Hamburg: Zug der Ideen in Antwerpen

Der Zug der Ideen hat seine letzte Auslandsstation vor seiner Rückkehr nach Hamburg am 29. September 2011 erreicht. In Antwerpen steht der Zug immerhin in einem der schönsten Bahnhöfe der Welt. 36.000 Besucher haben die interaktive Ausstellung bis heute besucht.

100 geladene Gäste waren zur Eröffnungsveranstaltung in die Antwerpener „Centraal Station“ gekommen. Darunter auch Serge De Gheldere, Botschafter von Al Gore in Belgien. Er lobte Hamburg, Stockholm und Antwerpen als die Pioniere für grüne Stadtentwicklung in Europa. Er brachte den Sinn des Titels auf den Punkt: „Der Titel Umwelthauptstadt ist eine tolle Auszeichnung, aber es geht nicht um den Wettbewerb, sondern um ein besseres, klimaneutrales und Ressourcen schonendes Leben in den Städten. Wenn wir alle voneinander lernen, kann sich darauf eine neue grüne Stadtidentität gründen.“

In Antwerpen ist der Zug der Ideen fast schon zuhause. Viele grüne Projekte der Stadt erinnern an Hamburg und sind auch in der Ausstellung zu sehen: Was in Hamburg der Energieberg Georgswerder ist, ist in Antwerpen die Deponie Hooge Maey, die im Hafengebiet Antwerpens liegt. Oder der Park Spoor Nord, ein verlassenes Bahngelände im Norden Antwerpens, das zu einer „grünen Lunge“ umgestaltet wurde.

Bis Sonntag, 25. September 2011, ist der Zug noch in Antwerpen. Dann tritt er die Rückreise nach Hamburg an, wo er ab 29. September für drei Wochen auf der Reesendambrücke am Jungfernstieg steht. Öffnungszeiten der Ausstellung: Täglich 10 bis 19 Uhr. Eintritt frei.

Alle Infos zum Zug unter: www.train-of-ideas.net

Rückfragen:

Kerstin Feddersen, Presseteam Umwelthauptstadt 2011,
0179-5088505, feddersen@umwelthauptstadthamburg.de

23. September 2011/bsu23

3. Hamburger Klimawoche vom 23. bis 30. September

Eröffnung von Europas größter Klima-Informationsveranstaltung

Die 3. Hamburger Klimawoche, Europas größte Veranstaltung zum Thema Klimawandel und Klimaforschung, hat heute in der Hamburger City begonnen. Bis zum 30. September präsentieren mehr als 160 Akteure vom Hauptbahnhof über die Europa Passage bis zum Rathausmarkt und die neue HafenCity Exponate, Veranstaltungen und Mitmach-Aktionen rund um die Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Klimaforschung und Klimaanpassung.

Staatssekretärin Katherina Reiche vom Bundesumweltministerium hat zusammen mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, **Jo Leinen**, sowie der Hamburger **Umweltsenatorin Jutta Blankau** den Startschuss in der Europa Passage und auf dem Rathausmarkt gegeben.

Senatorin Jutta Blankau: „Ich freue mich, dass Hamburg hier ein weiteres Mal beweist, wie viel wir in Sachen Klimaschutz und Klimaforschung zu bieten haben. Auf der Klimawoche bekommen die Besucher auf vielfältige Weise interessante Anregungen sich mit dem Thema Klimawandel auseinander zu setzen und erfahren mehr darüber, was sie selbst ganz praktisch tun können, um das Klima zu schützen.“

Ein Höhepunkt der Klimawoche ist die 3. Hamburger Klimanacht am heutigen Freitagabend. Sie ist Teil des europaweiten Projektes „European Researchers’ Night“ und wird von der **Zweiten Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Dr. Dorothee Stapelfeldt**, eröffnet. Hamburger Klimaforscher berichten von ihren Experimenten und Expeditionen zum Klimawandel und erlauben so einen Blick in ihre Arbeit.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: „Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserer Stadt sind in der Klimaforschung exzellent und international hoch anerkannt. Dies wird deutlich am herausragenden KlimaCampus mit seinem integrierten Spitzencluster CliSAP. In der Klimanacht zeigen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie facettenreich ihr Forscher-Alltag ist, und dass es spannend und lohnenswert ist, sich mit dem Thema zu beschäftigen.“

Im Zentrum der 3. Hamburger Klimawoche steht der interaktive Themenpark in der Europa Passage, der das Thema Klima erfahrbar und sinnlich erlebbar machen soll. Er ist jeden Tag von 12 bis 18:30 Uhr geöffnet. Darüber hinaus bietet eine Elektromobilitätsmeile an der Hauptkirche St. Petri Gelegenheit, bei Probefahrten in die HafenCity alle Formen der Elektromobilität selbst auszuprobieren. Auf der Alster gibt es täglich solarbetriebene Touren an Bord der „Alstersonne“.

Das Open-Air-Event „BioErleben“ auf dem Rathausmarkt präsentiert ein reichhaltiges Informationsangebot zu Regionalität, Landwirtschaft, natürlichen Kreisläufen, Qualität und Genuss. Beim Public Cooking mit dem bekannten Sternekoch Christian Gottwald auf dem Nachhaltigkeitsmarkt „Aus der Region – für die Region“ vor der Europapassage werden nur regionale Produkte der Aussteller verwendet. Die kulinarischen Kostbarkeiten können von den Besucherinnen und Besuchern direkt vor Ort probiert werden.

Im weltweit einmaligen Kreislauf-Pavillon auf dem Hamburger Rathausmarkt, einem komplett recycelfähigen und nachhaltigen Bauwerk aus Baumkronen und mit LED-Technologie beleuchtet, können Besucher eine Ausstellung des Hamburger KlimaCampus und der Deutschen Klimastiftung besichtigen. Unter der Woche dient der Pavillon als Foyer für ein ambitioniertes Bildungsprogramm für Hamburger Schulklassen. Auf dem Hamburger Rathausmarkt können Schüler dabei zum Beispiel aktuelle Klimaschutzprojekte der Metropolregion Hamburg kennenlernen.

Am verkaufsoffenen Sonntag, am 25. September, finden zudem spezielle Umwelttouren in der City statt. Verschiedene Ideen nachhaltiger Investments werden im Rahmen des Klima-Finanzgipfels am 27. September in der Hamburger Handelskammer diskutiert. Am 29. September zeigt die Logistik-Initiative Hamburg beim Infotag „Green Transportation Road“ auf dem Rathausmarkt Fahrzeuge, Konzepte und technische Neuheiten für eine nachhaltige Mobilität im Güterverkehr.

Alle Informationen zur 3. Hamburger Klimawoche sowie das gesamte Programm mit genauen Terminen der Veranstaltungen gibt es unter: www.klimawoche.de/hamburg

Hintergrund:

Die Hamburger Klimawoche steht unter der Schirmherrschaft von EU-Kommissar Günther H. Oettinger, zuständig für Energie, und zeigt die Stärken der Metropolregion Hamburg in der Klimaforschung und im Bereich der Erneuerbaren Energien. Der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern sollen die Dringlichkeit und Machbarkeit von konkreten Handlungsmöglichkeiten und Anpassungsmaßnahmen zum Klimaschutz aufgezeigt werden. Neben den wichtigsten Hamburger Klima-Akteuren werden auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und das Bundeskanzleramt mit dem Projekt „Bürgerdialog zur Nachhaltigkeit“ vertreten sein.

Veranstaltet werden die Hamburger Klimawoche und die Klimanacht von der TuTech Innovation GmbH in enger Abstimmung mit der Leitstelle Klimaschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI). ALDEBARAN Marine Research & Broadcast verantwortet zusammen mit dem Veranstalter die Organisation und Öffentlichkeitsarbeit. Finanziert wird die Hamburger Klimawoche durch die Akteure und Sponsoren, zahlreiche ehrenamtliche Unterstützer sowie mit Mitteln des Hamburger Klimaschutzkonzepts und der Europäischen Union.

Für Rückfragen:

TuTech Innovation GmbH, Arne von Maydell

Tel.: +49 40 76629-6116, Fax: +49 40 76629-6119

Mobil: +49 1607197878, E-Mail: vonmaydell@tutech.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner

Tel.: +49 40 42840-2051, E-Mail: frank.krippner@bsu.hamburg.de

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs

Tel: 040 42863-2322, pressestelle@bwf.hamburg.de

22. September 2011/bwf22

Berufsakademie Hamburg erhält unbefristete staatliche Anerkennung

Neuer Studiengang im Zukunftsfeld Erneuerbare Energien genehmigt

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat der Berufsakademie Hamburg die unbefristete staatliche Anerkennung erteilt. Damit würdigt er die Entwicklung, die die Berufsakademie seit ihrer Gründung im Jahr 2006 genommen hat. Gleichzeitig genehmigt der Senat die Erweiterung des Studienangebots um den dualen Bachelor-Studiengang „Technik und Management Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz – TMEE“, der zum 1. Oktober 2011 starten wird.

Der neue Studiengang richtet sich vor allem an Berufsgruppen wie Elektroniker im Bereich der Energie- und Gebäudetechnik, Anlagenmechaniker oder Dachdecker und qualifiziert fachübergreifend speziell für die komplexen Bedarfe im Bereich regenerativer Energieerzeugung für Gebäudesysteme. Mit einer Kombination aus 50 Prozent Management- und 50 Prozent Technikthemen sollen die Absolventen dieses neuen Studienganges vor allem zu Planern, Beratern und Dienstleistern im Bereich von "Energie und Gebäude" ausgebildet werden.

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: „Die Berufsakademie Hamburg hat sich mit ihrem speziellen Bildungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen gut etabliert. Der neue Studiengang greift ein Thema auf, das in Zukunft erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Die Handwerksbetriebe sollen so in die Lage versetzt werden, die Auftragspotenziale auf dem Markt der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz optimal auszuschöpfen. Wir werden auch weiterhin Bemühungen in der Metropolregion Hamburg unterstützen, ein attraktives Bildungsangebot bereitzuhalten, das speziell auf die Interessen der Mittelständischen Wirtschaft abgestimmt ist.“

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg: "Ich bin erfreut über das Vertrauen in die Arbeit der Berufsakademie, das der Senat durch die unbefristete staatliche Anerkennung zum Ausdruck bringt. Damit sehen wir uns auf dem Weg bestätigt, durch die Berufsakademie ein attraktives Bildungsangebot auf akademischem Niveau für leistungsstarke Jugendliche und hervorragende Betriebe in Handwerk und Mittelstand zur Verfügung zu stellen."

Die Berufsakademie Hamburg wurde im März 2006 als private Akademie gegründet. Grundlage war das ein Jahr zuvor verabschiedete Gesetz über die Bildung von Berufsakademien in Hamburg. Sie wird von einer gemeinnützigen Gesellschaft getragen, deren Hauptgesellschafterin die Handwerkskammer

Hamburg ist. Weiterhin sind Hamburger Handwerksinnungen sowie die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade und die Handwerkskammer Schwerin beteiligt. Ihren Studienbetrieb nahm die Berufsakademie Hamburg zum 01.10.2006 mit dem dualen Bachelor-Studienangebot „Betriebswirtschaft KMU“ auf.

Die Besonderheit des Studienangebotes besteht darin, dass mit den dualen Studiengängen zwei rechtlich selbständige Ausbildungsgänge kombiniert werden: Eine betriebliche Ausbildung in einem Handwerksberuf wird gekoppelt mit einem betriebswirtschaftlichen oder technischen Studium. Die Absolventen erreichen innerhalb von vier Jahren sowohl einen Berufsbildungsabschluss, den Gesellen- bzw. Facharbeiterbrief, als auch den international anerkannten Bachelor-Abschluss, der gleichberechtigt ist mit dem Bachelorgrad einer Fachhochschule. Die Berufsakademie Hamburg hat zurzeit 176 Studierende.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

22. September 2011/bwf22a

Ressourcenschutz in und mit IT – wie geht das denn?

Nachhaltigkeit ist Thema einer internationaler IT-Konferenz in Hamburg

Die Informationstechnologie von heute beeinflusst nicht nur Politik, Medien oder Freizeit, sondern auch die Geschäftswelt enorm. Sei es innerhalb von Unternehmen, global agierenden Unternehmensnetzwerken oder Branchen. Das Thema Nachhaltigkeit in der IT ist dabei für viele Nutzer – ähnlich wie IT-Systeme selbst – immer noch ungreifbar und geht weit über Fragen der Green-IT hinaus. Gerade für Unternehmen stellt es einen klaren Wettbewerbsvorteil dar.

Wie also kann Nachhaltigkeit als Thema der IT stärker in das Bewusstsein gerückt und etabliert werden? Wie können Forschungsaufgaben, die die nachhaltige Entwicklung und Nutzung der IT in den unterschiedlichen Anwendungskontexten behandeln, durch adäquates Forschungsdesign bzw. -strukturen verankert werden?

Diesen und weiteren Fragen stellen sich rund 140 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 14 Nationen, die heute in Hamburg zu einer dreitägigen Konferenz zum Thema „*Governance and Sustainability in Information Systems*“ zusammen kommen. Die Expertinnen und Experten aus aller Welt sowie zahlreiche Unternehmensvertreter greifen die Fragestellung dabei aus wissenschaftlicher sowie praxisorientierter Perspektive auf und versuchen, neue Impulse und Anregungen zu entwickeln.

Erste Schritte in diese Richtung sind in Hamburg bereits getan. So wurde im vergangenen Jahr der gemeinsam von Universität Hamburg, Handelskammer Hamburg und Unternehmen der Branche geförderte Masterstudiengang IT-Management und -Consulting (ITMC) an der Universität Hamburg ins Leben gerufen, der sich mit dem Thema IT und Nachhaltigkeit beschäftigt.

„Da heute IT-Systeme das Rückgrat aller Unternehmen bilden, sind die Aspekte von Nachhaltigkeit ebenso weitreichend wie breitgefächert – sie umfassen Fragen der Nutzer ebenso wie technische Gesichtspunkte und Themen der Governance“, so **Prof. Dr. Markus Nüttgens** von der Universität Hamburg, der die Konferenz nach Hamburg holte. „Hamburg als Umwelthauptstadt ist genau der richtige Ort, dies zu thematisieren und in die Öffentlichkeit zu tragen“.

Staatsrätin Dr. Kristina Böhlke von der Behörde für Wissenschaft und Forschung begrüßt ausdrücklich die Ausrichtung der Tagung in Hamburg: „Als Umwelthauptstadt Europas haben wir die Verpflichtung, über die klassischen umweltrelevanten technologischen Bereiche hinaus zu denken. Die Frage, ob wir Potenziale nutzen, die uns die Informationstechnologie zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs bietet, oder ob wir diese Technologie dazu verwenden, die Verbräuche immer weiter in die Höhe zu schrauben, wird für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein.“

Fortschritte seien nur dann zu erzielen, wenn Wissenschaft und Praxis Hand in Hand arbeiteten. Die Tagung werde einen wichtigen Beitrag dazu leisten und notwendige Impulse geben, zeigt sich die Staatsrätin überzeugt.

Dr. Thomas M. Schünemann, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, betonte die besondere Bedeutung der IT-Branche für den Wirtschaftsstandort: „Ein Beleg für die Dynamik ist die stetig wachsende Zahl der IT-Unternehmen. Allein seit Beginn dieses Jahres verzeichneten wir einen Anstieg um 200 auf 9.400 IT-Firmen in unserer Stadt. Fast vier Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Hamburgs arbeiten in der IT-Branche, die damit ein bedeutender Faktor für Wohlstand und Beschäftigung geworden ist. Ein Hindernis für diese positive Entwicklung ist allerdings die mangelnde Verfügbarkeit qualifizierter IT-Fachkräfte.“

Prof. Dr. Ingrid Schirmer vom Fachbereich Informatik der Universität sieht als Mitorganisatorin der Konferenz drei Standbeine der Nachhaltigkeit in der IT: attraktive Bildungskonzepte in Schule und Universität, neue Brücken-Leitungsstrukturen zwischen IT und Einsatzkontext in Unternehmen wie Wissenschaft sowie IT-Sicherheit. Sie fordert mit ihren Kollegen zur Gründung eines Wirtschaftsinformatik-Zentrums auf, das sich diesen Themen widmet: „Bedarf haben wir mehr als genug. Und unser im vergangenen Jahr gegründeter Masterstudiengang „IT-Management und - Consulting“ in Kooperation mit Hamburger Unternehmen und der Handelskammer zeigt: Hamburg kann diesen aktuellen Herausforderungen mit tragfähigen Konzepten und zeitnaher Realisierung begegnen“, so die Initiatorin des Studiengangs.

Die IT-Konferenz findet vom 22. – 24.09.2011 an der Universität Hamburg statt und wird gemeinsam von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und der Universität Hamburg ausgerichtet. Sie reiht sich ein in die Kette internationaler Austragungsorte wie Perth, Madrid, Atlanta oder Helsinki. Parallel zur internationalen Konferenz findet auch eine nationale Fachgruppen-Tagung der Gesellschaft für Informatik statt.

Interessierte Medienvertreter sind herzlich eingeladen, am Tagungsprogramm sowie am Senatsempfang heute Abend um 19 Uhr im Rathaus teilzunehmen!

Kontakt:

Prof. Dr. Ingrid Schirmer

Fachbereich Informatik, Universität Hamburg

Tel.: 040 42838-2472, E-Mail: schirmer@informatik.uni-hamburg.de

www.ifip86.uni-hamburg.de

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,

Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

20. September 2011/bwvi20

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße

Bund gibt grünes Licht

Eine wichtige Hürde zur Verlegung der sanierungsbedürftigen Wilhelmsburger Reichsstraße (B4/B75) an die Bahntrasse ist genommen: Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat mit Schreiben vom 16. September 2011 den so genannten „Gesehen-Vermerk“ erteilt. Das bedeutet: Der Bund stimmt der von der DEGES im Auftrage Hamburgs aufgestellten Entwurfsplanung zu und bekennt sich damit zu einer Finanzierung der Maßnahme in den nächsten Jahren.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann, in einer Pressemeldung des Ministeriums: "Der Bund investiert in den etwa 5 km langen Abschnitt voraussichtlich rund 130 Millionen Euro. Hierin sind auch hohe Aufwendungen zur Modernisierung der Gleisanlagen und für den Bau von Lärmschutzanlagen enthalten. Dies ist angesichts der knappen öffentlichen Kassen und der bevorstehenden hohen anderen Bundesinvestitionen in Hamburg ein großer Schritt. Die Bundesregierung will auch in Zeiten knappen Geldes unser Land zum Wohle der Menschen gestalten."

Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Eine gute Nachricht für Hamburg und besonders für die Menschen in Wilhelmsburg. Durch das Zusammenführen von Straße und Schiene können wir den Lärm effektiver bekämpfen und gleichzeitig erhält der Stadtteil Entwicklungsmöglichkeiten.“

Eine abschließende Verlegung bis zur igs/IBA2013 kann nicht mehr erreicht werden. Die Bedeutung des Projekts wirkt aber weit über die Ausstellungen hinaus zum Wohle der Menschen in Wilhelmsburg. Hamburg wird dem Wunsch des Bundes entsprechen und die neue Wilhelmsburger Reichsstraße einschließlich der angrenzenden Autobahnabschnitte A 252 im Norden und A 253 im Süden als Bundesstraße B 75 einstufen. Damit wird nicht nur der bestehende ‚Nummernsalat‘ beendet, sondern auch ein langjähriger Wunsch der Menschen aus dem Stadtteil Wilhelmsburg erfüllt, hier keine neue durchgehende Autobahn zu schaffen. Die nach Inbetriebnahme der neuen Reichsstraße einheitliche gelbe Beschilderung verdeutlicht den zukünftigen regionalen Charakter der Straße und erleichtert die Orientierung.

Zurzeit läuft das Planfeststellungsverfahren, in dem die Bürgerinnen und Bürger Ihre Bedenken und Anregungen einbringen können. Nach erfolgreichem Abschluss des Verfahrens kann bereits im Jahr 2012 mit den Arbeiten an der neuen Trasse begonnen werden.

Rückfragen:
Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Helma Krstanoski, Tel.: 040-42841-1326
E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bwvi

22. September 2011/ jb22a

Senatorin Jana Schiedek: „Vorschläge der Bundesjustizministerin zur Sicherungsverwahrung sind noch lückenhaft“

Auf dem Sondertreffen der Justizministerinnen und Justizminister legte die Bundesjustizministerin noch kein durchgehend überzeugendes Konzept zur Sicherungsverwahrung vor. In diesem ist insbesondere keine Regelung vorgesehen, welche die Unterbringung von Straftätern ermöglicht, bei denen sich erst nach einer Verurteilung herausstellt, dass sie aufgrund einer psychischen Störung hochgradig gefährlich sind. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2011 einen Weg aufgezeigt, eine drohende Sicherheitslücke verfassungskonform zu schließen. Seitens der Länder wurden dazu bereits konkrete Vorschläge unterbreitet.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Die nun vorgelegten Vorschläge von Frau Leutheusser-Schnarrenberger zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung sind weiterhin lückenhaft. Vor allem werden nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft die Bevölkerung wirksam vor gefährlichen Straftätern mit einer psychischen Störung zu schützen.“

In einzelnen Punkten konnten auf Drängen der Länder allerdings Fortschritte erzielt werden.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Ich bin damit zufrieden, dass es überraschende Entlassungen nicht geben wird. Es wird nun eine gerichtliche Kontrolle während der Sicherungsverwahrung geben. Hierfür hat Hamburg wichtige Vorarbeiten geleistet. Die Länder konnten sich letztlich durchsetzen und so die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung stärken.“

Die Bundesjustizministerin hatte in ihren Eckpunkten zunächst vorgeschlagen, dass Sicherungsverwahrte, denen keine ausreichenden Therapieangebote unterbreitet wurden, zwingend zu entlassen sind. Nunmehr soll durch eine strafvollzugsbegleitende gerichtliche Kontrolle gewährleistet werden, dass diese Fälle praktisch gar nicht auftreten.

Hamburg ist für die aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 erforderliche Neuregelung der Sicherungsverwahrung gut gerüstet. In wesentlichen Punkten entspricht die derzeitige Unterbringung bereits den bis zum 31. Mai 2013 umzusetzenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Welche Maßnahmen im Einzelnen zur Ausgestaltung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in Hamburg erforderlich sind, hängt nicht zuletzt von der anstehenden bundesgesetzlichen Neuregelung ab.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt, Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

22.9.2011/br22

An der 886. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 23. September 2011 nehmen Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 97 Punkte.

Einigung im Vermittlungsausschuss zum Steuervereinfachungsgesetz 2011

Der Bundesrat wird sich am 23. September mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses vom 21. September zum Steuervereinfachungsgesetz 2011 befassen. Das Gesetz soll die Steuerpraxis vereinfachen und von unnötiger Bürokratie befreien. Es sieht u.a. vor, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 auf 1000 Euro anzuheben und bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten künftig auf die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen zu verzichten. Das Vermittlungsverfahren war nötig, da die Länder sich im Bundesrat am 8. Juli gegen eine „zweijährige Steuererklärung“ ausgesprochen und mit Unterstützung Hamburgs den Vermittlungsausschuss angerufen hatten. Bund und Länder einigten sich am 21.9.2011 im Vermittlungsausschuss, auf die „zweijährige Steuererklärung“ zu verzichten. Somit steht der Verabschiedung des Gesetzes auch im Bundesrat nichts mehr im Wege.

Gesetz zur Demonstration und Anwendung der CCS-Technologie

Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (englisch: Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz: CCS) können helfen, die nationalen Ziele zur Verminderung der CO₂-Emission und zur Begrenzung des globalen Klimawandels zu erreichen.

Da sich die CCS-Technologie noch im Entwicklungsstadium befindet, ist eine intensive Prüfung der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit und auf die Unbedenklichkeit sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für Natur und Umwelt einschließlich einer Erprobung im großtechnischen Maßstab erforderlich. Bei der Erkundung des Untergrundes, der Erprobung und Demonstration der CCS-Technologien muss daher die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität haben.

Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Demonstration und Anwendung der CCS-Technologie vorgelegt, das der Bundestag beschlossen hat. Es bedarf jedoch der Zustimmung des Bundesrates, der sich am Freitag mit dem Gesetz abschließend befassen wird.

Hamburg unterstützt Maßnahmen, die sicherstellen, dass Klimaschutz und eine langfristig sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden. Die Vorlage des CCS-Gesetzes wird daher grundsätzlich begrüßt. Hamburg

spricht sich aber gegen gesetzliche Regelungen aus, die es einzelnen Ländern erlauben, bestimmte Gebiete oder ihr gesamtes Territorium von vornherein als mögliche Speicherregionen auszuschließen. Klimaschutz und eine langfristig sichere Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen sind Aufgaben der gesamten Gesellschaft und die damit zusammenhängenden Probleme dürfen nicht einseitig zu Lasten einzelner Länder oder Regionen gelöst werden. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit der landesrechtlichen Gebietsbestimmung (sogenannte Länderklausel) wird diesem Anspruch nicht gerecht. Schließlich muss das CCS-Gesetz gewährleisten, dass die finanziellen Risiken der Erprobung der CCS-Technologien für die öffentliche Hand so gering wie möglich gehalten werden. Hamburg unterstützt daher eine entsprechende Anrufung des Vermittlungsausschusses, um das Gesetz in diesem Sinne zu verändern.

.Zulassung von Fernstudienangeboten vereinfachen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Fernunterricht sollen in Zukunft besser geschützt werden. Dafür soll das Fernunterrichtsschutzgesetz angepasst werden. Es regelt die Rechte und Pflichten der Anbieter und Teilnehmer beim Fernunterricht. Es sollen Formalitäten und Verfahren sowie die Regeln für die Zulassung von Fernunterricht vereinfacht werden.

Hamburg unterstützt das Gesetz daher. Allerdings ist Hamburg wie auch andere Länder der Auffassung, dass Fernstudienangebote staatlicher und staatlich anerkannter Hochschulen sowie von Berufsakademien nicht noch zusätzlich durch das Fernunterrichtsschutzgesetz reglementiert werden sollten. Für staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen, die Fernunterricht anbieten, bestehen bereits jetzt besondere Verfahren zur Sicherung der Qualität. Zusätzliche Zulassungsverfahren, wie es das Gesetz zur Änderung des Fernunterrichtsschutzgesetzes vorsieht, würden die besonderen Belange des Hochschulbereichs verkennen und zu unverhältnismäßigen Kosten und Aufwand führen. Hamburg unterstützt aus diesem Grund den Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses.

Präimplantationsdiagnostik sinnvoll einsetzen

Hamburg begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung für eine begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID). Bei der PID werden Embryonen aus künstlicher Befruchtung in einem sehr frühen Stadium auf genetische Schädigungen untersucht. Zukünftig wird die PID in Ausnahmefällen zulässig sein, wenn Eltern die Veranlagung für ein schweres vererbbares Leiden haben oder eine Tot- oder Fehlgeburt droht. Die Zulassung dieser Methode soll betroffenen Paaren die Chance auf ein gesundes Kind ermöglichen.

Hamburg fordert Abschaffung der Optionspflicht

Bislang erhalten Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren sind, bei über achtjährigem Aufenthalt der Eltern in Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Ausländische Kinder, die am 1. Januar 2000 ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatten und noch nicht

zehn Jahre alt waren, hatten einen Einbürgerungsanspruch der bis zum 31. Dezember geltend gemacht werden musste. In beiden Fällen mussten sich die Kinder nach Vollendung der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden (sog. Optionspflicht).

In der Sitzung des Bundesrates am 23. September wird eine Vorlage der Länder Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgestellt und sodann den Ausschüssen zur Beratung zugewiesen werden. Inhalt des Antrages ist die Abschaffung der sog. Optionspflicht. Begründet wird der Antrag damit, dass die ganz überwiegende Zahl der Kinder zum Zeitpunkt der Ausübung des Optionszwangs bereits fest in Deutschland verwurzelt ist. Es ist daher aus integrationspolitischen Gründen nicht sinnvoll die deutsche Staatsangehörigkeit zu diesem Zeitpunkt infrage zu stellen. Das Optionsverfahren ist zudem mit praktischen Schwierigkeiten und einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Bessere Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher

Der Bundesrat befasst sich an diesem Freitag auch mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation. Mit der Überarbeitung dieses bereits 2008 eingeführten Gesetzes werden die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger weiter gestärkt: Neben den bisher erfassten Lebens- und Futtermitteln fallen laut Gesetzentwurf auch die sog. Verbraucherprodukte wie Elektroartikel in den Anwendungsbereich des Gesetzes. Nicht zuletzt als Konsequenz aus der Dioxinproblematik zum Jahreswechsel 2010/2011 sind Behörden künftig häufiger verpflichtet, besonders gravierende Verstöße aktiv zu veröffentlichen. Und auch für Unternehmen wird es schwerer, Daten unter Hinweis auf „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ zurückzuhalten. Schließlich haben es die Verbraucher künftig leichter, sich an die Behörden zu wenden: So sind keine umfangreichen Formulare zur Antragstellung erforderlich – Anruf oder E-Mail genügt – und kostenfrei sind die allermeisten Anfragen für den Bürger auch.

Das Vorhaben steht aber aufgrund der Erweiterung des Anwendungsbereiches auf Verbraucherprodukte sowie vor allem der vorgeschlagenen Änderungen zur Veröffentlichung von Verstößen besonders in Kreisen der Lebensmittelwirtschaft in der Kritik. In diesen Punkten setzt sich Hamburg für einen sachgerechten Ausgleich der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher einerseits und der Lebensmittelwirtschaft andererseits ein. Es ist das besondere Anliegen, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung mit den berechtigten wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Verbesserung der Versorgungsstrukturen

Hamburg begrüßt den Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung grundsätzlich, da die vorgesehenen Regelungen dazu beitragen, zukünftig eine flächendeckende, bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung der

Versicherten zu gewährleisten. Hierzu gehören insbesondere die erweiterten und ergänzten Regelungen zur flexibleren Bedarfsplanung und Zulassung im ambulanten vertragsärztlichen Bereich sowie die notwendige stärkere Mitwirkung der Länder in den zuständigen Ausschüssen.

Allerdings bedarf es zum Beispiel stringenterer Vorgaben zum Abbau von Überversorgungskapazitäten und mehr Transparenz über den tatsächlichen Umfang der zur Verfügung stehenden Praxiszeit für die Versicherten. Hamburg hat daher zusammen mit den anderen Ländern zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, um eine tatsächliche Verbesserung der regionalen Bedarfsplanung und damit der ambulanten ärztlichen Versorgung für die Versicherten zu erreichen. Der Gesetzentwurf enthält weitere Regelungen, die kritisch zu bewerten sind. Hierzu gehören unter anderem die vorgesehenen Möglichkeiten zu länderübergreifenden Fusionen von Kassenärztlichen Vereinigungen, Veränderungen der Strukturen des Gemeinsamen Bundesausschusses, Honorarregelungen für die vertragsärztliche Versorgung und Leistungsausweitungen. Hamburg setzt sich mit den Ländern dafür ein, die vorgesehenen unnötigen strukturellen Veränderungen der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung und zusätzlichen Kosten für die Krankenkassen und Versicherten zu vermeiden.

Optimierung des Organspendeprozesses

Die Bundesregierung strebt eine Novellierung des Transplantationsgesetzes an, die Hamburg grundsätzlich unterstützt. Dies deckt sich mit den Vorgaben der Gesundheitsministerkonferenz, die eine größere Anzahl von Organspenden in Deutschland erreichen will. Dazu sind umfangreiche gesetzliche Änderungen erforderlich. Kernstück ist dabei die sog. Erklärungslösung, die die bestehende sog. erweiterte Zustimmungslösung ablösen soll. Zukünftig sollen Bürgerinnen und Bürger in einem geregelten Verfahren über die Organspende informiert und zu einer persönlichen Erklärung aufgefordert werden. Ferner ist vorgesehen, in Krankenhäusern mit Intensivstation mindestens einen Transplantationsbeauftragten zu bestellen, der sich ausschließlich der Optimierung des Organspendeprozesses widmen soll. Auch von dieser Änderung versprechen sich die Länder, dass die Bereitschaft zu einer Organspende erheblich steigt. In Deutschland warten über 12.000 Menschen auf eine Organspende. Jeder dritte Patient stirbt, weil für ihn nicht rechtzeitig ein Organ zur Verfügung steht. Diese Situation nachhaltig zu verbessern, ist das Ziel der Änderungsanträge der Länder.

Handynutzung im EU-Ausland wird günstiger

Extrem hohe Mobiltelefonrechnungen nach Auslandsreisen gehören nach dem Willen der Europäischen Union bald der Vergangenheit an. So sollen mit der Neufassung des „Verordnungsvorschlags über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen“ die bereits bestehenden Obergrenzen für die Preise von Telefonaten und SMS im EU-Ausland („Roaming“) ab Juli 2012 weiter abgesenkt werden. Abgehende Anrufe dürfen den Verbraucher dann nicht mehr als 0,32 Euro pro Minute kosten. Nimmt man ein Telefonat entgegen, fallen höchstens 0,11 Euro pro Minute an. Und

auch SMS sind mit einem Höchstpreis von 0,10 Euro dann günstiger als bisher. Zudem reagiert die Europäische Union mit dem Verordnungsentwurf auf die zunehmende Verbreitung mobiler Endgeräte (Smartphones, Laptops, Tablet-PC, etc.). So werden für den bei der Nutzung dieser Geräte entstehenden Datenverkehr erstmalig Höchstpreise festgelegt. Ab Juli 2012 werden für ein Megabyte Daten maximal 0,90 Euro fällig, bis Juli 2014 wird diese Obergrenze weiter auf 0,50 Euro abgesenkt. Zudem erhalten die Verbraucher die Möglichkeit, flexibel den günstigsten Roaming-Anbieter auszuwählen. Sie sind dabei nicht an ihren nationalen Mobilfunkanbieter gebunden, müssen für den Auslandsbesuch nicht ihre SIM-Karte wechseln und sind weiter unter ihrer Mobilfunknummer erreichbar.

HH unterstützt insbesondere Empfehlungen der Länder, dass Höchstbetragsgrenzen („Kostenairbag“) auch für Prepaidverträge gelten sollen und fordert zudem einen möglichst verbraucherfreundlichen Anbieterwechsel mit der Möglichkeit der Nummernmitnahme.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

Terminkalender

Vom 26. September bis 2. Oktober 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 26.09.2011

- 09:00** Handelskammer, Adolphsplatz
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Symposiums „Psychnet“** ein Grußwort.
- 09:45** Grundschule Kirchdorf, Prassekstraße 5
Senator Ties Rabe übergibt die erste von **100 „Klimaforscherkisten“** an die **Grundschule Kirchdorf** und spricht ein Grußwort.
- 11:00** Gewerbeschule G17, Dratelnstraße 24
Senator Ties Rabe nimmt an der **Einweihung der größten Photovoltaik-Anlage** auf einem Schuldach teil und spricht ein Grußwort.
- 13:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt gibt ein **Senatsfrühstück anlässlich der Site-Inspection für den Weltkongress der Mathematikdidaktik.**
- 15:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt anlässlich des **Erinnerungsprojektes „sound in the silence“**, bei dem, in der **KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Performance aus Theater, Tanz und Musik** erarbeitet wird eine deutsch-polnische Schülergruppe sowie Hamburger und amerikanische Künstler.
- 16:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Japanische Kirschblütenkönigin.**
- 18:30** Radisson Blue Hotel, Marseiller Str. 2
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Jahreshauptversammlung der Eimsbütteler Grundeigentümergevereine.**
- 19:00** Fischauktionshalle, Große Elbstraße 9
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verleihung des Carlsberg-Preises** ein Grußwort.
- 20:00** Hotel Hafen Hamburg ;Seewartenstraße 9
Senator Frank Horch hält die Keynote-Rede anlässlich der **„Ship Efficiency Conference“.**
- 20:00** Hamburgische Staatsoper, Große Theaterstr. 25
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen den **Musiktheater-Abend „The Giacomo Variations“ mit John Malkovich**, Saisonöffnung 2011/12 der Elbphilharmonie-Konzerte.

Dienstag, den 27.09.2011

- 14:00** Rathaus, Raum II
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt eine **Gruppe von chinesischen Journalisten**

(Stipendiaten des von der Robert Bosch Stiftung finanzierten Austauschprogramms „Medienbotschafter China-Deutschland“).

- 15:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Tages der Hamburger Bauwirtschaft** ein Grußwort.
- 17:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt gibt einen **Senatsempfang anlässlich „der Verabschiedung des Präsidenten des GIGA, Prof. Dr. Robert Kappel“**.
- 17:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Generalkonsul des Königreichs Norwegen, Thomas Hauff**, zum Antrittsbesuch.
- 18:00** Hotel Le Meridien, An der Alster 52-56
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung der Generalkonsulin der Volksrepublik China, Chen Hongmei, am **Empfang anlässlich des 62. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China** teil.
- 18:30** Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an einem **Vortrag des leitenden Oberstaatsanwalts Roberto Scarpinato (Palermo) zum Thema „Mafia – ein Parasit befällt Europa“** teil, der auf Einladung des hamburgischen Richtervereins spricht.

Mittwoch, den 28.09.2011

- 10:00** Rathausmarkt
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich **der Eröffnung des Infotages „Green Transportation Road“**.
- 11:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Dr. Klaus Tschüscher**.
- 13:30** Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Martinistr. 52
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek spricht ein Grußwort anlässlich des **9. Workshops für Forensische Psychiatrie**.
- 14:00** Opera Stabile, Große Theaterstr. 25
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Mitgliederversammlung des Bühnensevereins Nord**.
- 18:00** Kampnagel
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort und nimmt an einer **Diskussionsrunde im Rahmen der Umwelthauptstadt-Dialoge 2011, „Unendlich viel Wert – Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft“**, teil.
- 19:00** Hamburger Kunsthalle, Galerie der Gegenwart, Glockengießerwall
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt an der **Preview der Werkschau „Max Liebermann. Wegbereiter der Moderne“** teil.
- 20:00** Streits Filmtheater, Jungfernstieg
Staatsrätin Elke Badde ist Gast bei der **Veranstaltung des NDR „Wilde Jahre nach der Wende“**.
- 20:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz

Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an einem **Elbphilharmonie-Konzert des „Rotterdams Philharmonisch Orkest“** teil.

Donnerstag, den 29.09.2011

- 09:00** Universität Hamburg, von-Melle-Park 8, Gebäude VMP 8
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des 24. Kongresses für Fremdsprachendidaktik der Deutschen Gesellschaft für Fremdsprachenforschung (DGFF)**.
- 09:15** Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort zum **Immobilientag des IVD Nord**.
- 10:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrat Holger Lange hält einen **Vortrag zum Klimawandel** (Auswirkungen auf die Hamburger Wirtschaft und Anpassungsstrategien).
- 10:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter der Republik Argentinien, Dr. Victorio Taccetti**, zum Antrittsbesuch.
- 11:00** Albertinenkrankenhaus, Süntelstraße
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für den neuen Funktionstrakt des Albertinenkrankenhauses** ein Grußwort.
- 12:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Jana Schiedek spricht beim **Senatsempfang anlässlich des Abschlusses des Ausbildungslehrgangs für den Allgemeinen Vollzugsdienst 3/09** ein Grußwort.
- 12:00** Schule Am Sooren, Brunskamp 17
Senator Ties Rabe zeichnet **19 Prädikatschulen „Gesunde Schule 2010/2011“** aus und spricht ein Grußwort.
- 13:30** Alsterlounge, An der Alster 47a
Staatsrätin Elke Badde spricht bei der diesjährigen **Preisverleihung der Budnianerhilfe e.V.** ein Grußwort.
- 14:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Str. 3
Senator Ties Rabe nimmt anlässlich des **23. Schülerforums der SchülerInnenkammer Hamburg die Ergebnisse des Forums** entgegen.
- 18:00** Radisson Blu Hotel, Marseiller Str. 2
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung der Leiter der in Hamburg vertretenen konsularischen Missionen von Kiribati, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Tuvalu am Empfang anlässlich des **40-jährigen Bestehens des „PACIFIC ISLANDS FORUM“** teil.
- 18:15** Kirche St. Ansgar (Kleiner Michel), Michaelisstraße 5
Senator Michael Neumann spricht anlässlich des **70. Geburtstages von Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke** ein Grußwort.
- 19:30** Cinemaxx Dammtor, Dammtordamm 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des „Filmfestes Hamburg 2011“** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.

Freitag, den 30.09.2011

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **Sondersitzung des Bundesrats zum EURO-Rettungspaketes** teil.
- 10:00** Polizeipräsidium, Sitzungssaal, Bruno-Georges-Platz 1
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Abschlussfeier der Studierenden der Hochschule der Polizei**.
- 12:00** Nelson-Mandela-Schule, Neuenfelder Str. 106
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Einweihung des „IBA Media Docks“** ein Grußwort.
- 12:30** Hamburg Hauptbahnhof Gleis 5
Senator Frank Horch und Staatsrat Andreas Rieckhof nehmen an der **Präsentationsfahrt der –S4-** teil.
- 14:00** Behörde für Justiz und Gleichstellung, Drehbahn 36
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek begrüßt eine **UN-Delegation**, die sich aus einer Arbeitsgruppe zum Thema „Willkürliche Verhaftungen“ zusammensetzt.
- 16:00** Messe „Du und Deine Welt“, Messegelände
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung der „Zitronenjette“**.
- 17:00** Thalia Theater, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Premiere von „Faust I & II“**.

Samstag, den 01.10.2011

- 19:00** Cinemaxx Dammtor, Dammtordamm 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler verleiht den **„Douglas-Sirk-Preis“** im Rahmen des Filmfestivals Hamburg.
- 23:00** Campus Suite, Stephansplatz 2
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht im Rahmen des Filmfestivals Hamburg 2011 den **Empfang der Studio Hamburg Produktion Gruppe zur Film Premiere von „Tatort: Borowski und der coole Hund“**.

Sonntag, den 02.10.2011

- 18:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet das **„Hamburger Theaterfestival 2011“**.